

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: QB 86 B 46 ppbn d



Inhalt

36. Jahrgang / 20

29. Januar 1981

Renate Lepsius MdB, Vorsitzende der Arbeitsgruppe Frauenpolitik der SPD-Bundestagsfraktion, meldet Forderungen für die Neuordnung der Hinterbliebenenversorgung an: Nicht zu Lasten erwerbstätiger Frauen.

Seite 1/2

Horst Seefeld MdEP, Vorsitzender des Verkehrsausschusses im Europäischen Parlament, schildert wie der EG-Rat seit über acht Jahren die Verabschiedung einer Richtlinie verzögert: Verbundsicherheitsglas endlich vorschreiben!

Seite 3/4

Iring Fetscher kommentiert die Neigung bestimmter Leute zu bequemen Ausreden: Hat der KGB die Rauschgiftsucht inszeniert?

Seite 5/6

Herausgeber und Verleger:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godesberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (02 28) 8 12-1

Nicht zu Lasten erwerbstätiger Frauen

Messlatte für die Neuordnung der Hinterbliebenenversorgung

Von Dr. Renate Lepsius MdB

Vorsitzende der Arbeitsgruppe Frauenpolitik der SPD-Bundestagsfraktion

Erstmals war die SPD bei der Bundestagswahl 1980 für Frauen attraktiver als für Männer. Erstmals gaben mehr Frauen ihre Zweitstimme der SPD und gaben damit den Ausschlag für die Wiederwahl von Bundeskanzler Helmut Schmidt. Die Wählerinnen ließen sich mit ihrem Stimmenvotum auch nicht durch ein Riesenangebot unerfüllbarer Wahlversprechen der CDU ködern, sondern haben sich ganz offenbar für das weniger ausgabenaufwendige, dafür aber realistischere Programm der SPD entschieden. In erster Linie ist an die anstehende Neuordnung der Hinterbliebenenversorgung gerade zu Beginn der Haushaltswoche zu erinnern.

Als Vorsitzende der Arbeitsgruppe Frauenpolitik in der SPD-Bundestagsfraktion verfolge ich mit Sorge die gegenwärtigen Diskussionen und Spekulationen um die Finanzierung der Reform der Hinterbliebenenversorgung. Richtig ist, daß in den Koalitionsvereinbarungen rentenpolitische Festlegungen nicht getroffen wurden. Angesichts möglicher finanzieller Risiken sollen zunächst die statistischen Erhebungen des Verbandes Deutscher Rentenversicherungsträger abgewartet werden, bevor die Neuordnung der Hinter-



bliebenenversorgung in allen Einzelheiten festgelegt werden kann. Nichts wäre jedoch falscher als daraus zu folgern, es würde damit bereits die Reform der Hinterbliebenenversorgung inhaltlich in Frage gestellt.

Zu den politisch unverzichtbaren Reformzielen, die es künftig zu realisieren gilt, gehören:

- 1/ Die Anrechnung eines Kindererziehungsjahres für alle Müttergenerationen. Wir Sozialdemokraten wollen, daß ältere Frauen, die bereits Kinder erzogen haben, ebenso einen Anspruch auf die Anerkennung der Kindererziehung in der Rentenversicherung erhalten wie junge Frauen, die erst nach Inkrafttreten der Rentenreform Kinder auf die Welt bringen werden;
- 2/ die Gesamtversorgungsrente in Höhe von 70 Prozent der gemeinsam erworbenen Rentenansprüche beider Ehepartner;
- 3/ Die Garantie der selbsterworbenen Rente und für die erwerbstätigen Frauen eine zehnjährige Übergangsregelung mit dem Wahlrecht zwischen altem und neuem Recht.

In jüngster Zeit haben sich in der Öffentlichkeit vermehrt Stimmen für eine Herabsetzung des Teilhabesatzes von 70 auf 65 Prozent und für eine Reduzierung des Babyjahres lediglich auf die nach 1985 erfolgenden Geburten gefunden; diskutiert wird auch, die Anerkennung der Kindererziehung als Ausfallzeit auszugestalten.

Diesen Spekulationen möchte ich klar entgegentreten und noch einmal unterstreichen, daß die Reformziele der SPD unverzichtbar sind für eine sozial gerechte und für alle Frauengenerationen in sich ausgewogene Reform der Hinterbliebenenversorgung.

Gegenüber den Wählerinnen sind wir im Wort. Wir haben unser Wahlprogramm vorgelegt und einen Finanzierungsrahmen abgesteckt, der auf Umverteilung und auf zusätzlichen Einnahmen durch die Beitragssatzanhebung 1981 beruht. Sollte die Reform der Hinterbliebenenversorgung jedoch durch neue finanzielle Daten in Frage gestellt und hinter den Aussagen des SPD-Wahlprogramms zurückbleiben, dann wäre eine neue Lage gegeben. Die Reform der Hinterbliebenenversorgung darf nicht zu Lasten der erwerbstätigen Frauen gehen und gleichzeitig - einseitig - die Gruppe der Hausfrauen begünstigen unter voller Wahrung des Besitzstandes der versicherten Männer. Beitragsleistungen und Rentenleistungen müssen gerecht verteilt und zur Meßlatte für die Neuordnung der Hinterbliebenenversorgung werden.

Für die komplizierte Neuordnung der Hinterbliebenenversorgung kann ein breiter parlamentarischer Konsens nur hilfreich sein. Eine solche Übereinstimmung bahnt sich in einem Teilaspekt - dem Kindererziehungsjahr für alle Mütter - auch bei den FDP-Kolleginnen an, nachdem diese sozialdemokratische Forderung bereits in der CDU Unterstützung gefunden hatte.

Die Wählerinnen erwarten von der sozialliberalen Koalition die Einlösung ihrer uralten Forderung, endlich die Kindererziehung rentenwirksam anzuerkennen.

Verbundsicherheitsglas endlich vorschreiben!

EG-Rat verzögert seit über acht Jahren Verabschiedung der Richtlinie

Von Horst Seefeld MdEP

Vorsitzender des Verkehrsausschusses im Europäischen Parlament

Im Herbst 1972 (vor mehr als acht Jahren!) hat die EG-Kommission beim Rat einen Vorschlag für eine Richtlinie zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über Sicherheitscheiben für Kraftfahrzeuge eingereicht.

Ziel dieses Richtlinienentwurfes war es, die obligatorische Verwendung von Verbundsicherheitsglas für Kraftfahrzeuge einzuführen.

Sowohl der Wirtschafts- und Sozialausschuß als auch das Europäische Parlament haben diesem Vorschlag zugestimmt. In dem Bericht des Abgeordneten Bermani im Namen des Rechtsausschusses hat das Europäische Parlament 1973 sogar auf ein früheres Inkrafttreten der Richtlinie, und zwar am 1. Oktober 1974 für alle Kraftfahrzeuge gedrungen.

Als sich zwei Jahre später herausstellte, daß der Vorschlag im Rat völlig blockiert war, habe ich alle europäischen Automobil- und Glashersteller persönlich angeschrieben und nach ihren diesbezüglichen Absichten gefragt. Aus den daraufhin bei mir eingegangenen Antworten war ersichtlich, daß 1975 von zwölf europäischen Glasherstellern die Hälfte bereits Verbundsicherheitsglas produzierte oder über die entsprechenden Produktionsanlagen verfügte und nur zwei Firmen eindeutig gegen die Verwendung von Verbundsicherheitsglas Stellung bezogen; die übrigen vier hatten finanzielle Einwände. Darüberhinaus ergab sich, daß Verbundsicherheitsglas bei 27 Automobilherstellern zur Standardausstattung gehörte, während 14 Automobilhersteller die Möglichkeit der Wahl zwischen Verbundsicherheitsglas und Einscheibensicherheitsglas anboten; fünf Automobilhersteller sprachen aufgrund kommerzieller Überlegungen gegen die Einführung von Verbundsicherheitsglas.

Die Ergebnisse dieser Untersuchung hatte ich 1975 in einem Bericht im Namen des Ausschusses für Regionalpolitik, Raumordnung und Verkehr dargelegt. In diesem Bericht hatte ich in der Entschloßung erneut dringend an den Rat appelliert, so schnell wie möglich die obligatorische Verwendung von Verbundsicherheitsglas für alle Kraftfahrzeuge einzuführen.



Inzwischen sind weitere fünf Jahre vergangen und es ist dem Rat noch immer nicht gelungen, hierzu einen eindeutigen Beschluß zu fassen.

In der Bundesrepublik habe ich mich mehrfach beim Verkehrsminister für die obligatorische Ausrüstung von Kraftfahrzeugen mit Verbundsicherheitsglas eingesetzt; doch auch dies hat bisher noch nicht zum Erfolg geführt.

In der Europäischen Gemeinschaft ist Verbundsicherheitsglas zur Zeit nur in Italien gesetzlich vorgeschrieben. Kürzlich ließ der belgische Verkehrsminister wissen, daß auch in seinem Land eine Regelung in diesem Sinne eingeführt werden wird.

In der Begründung zu ihrem Vorschlag von 1972 hat die EG-Kommission die Vorteile von Verbundsicherheitsglas gegenüber Einscheibensicherheitsglas wie folgt beschrieben:

- bei Verbundsicherheitsglas können der Sichtverlust und damit die Gefahr ausgeschaltet werden, daß man die Kontrolle über das Fahrzeug verliert, wenn die Windschutzscheibe von einem Gegenstand getroffen wird und bricht;
- die Verletzungen der Fahrzeuginsassen sind weit weniger schwer;
- die Gefahr von Augenverletzungen ist wesentlich geringer;
- es besteht praktisch keine Gefahr schwerer Kopfverletzungen bei Aufprall des Kopfes gegen die Windschutzscheibe mehr;
- die Gefahr, daß die Wageninsassen bei einem Unfall ganz oder teilweise hinausgeschleudert werden, ist geringer.

Bestimmte nationale Behörden (unter anderem im Vereinigten Königreich) haben jedoch Bedenken gegenüber der obligatorischen Einführung von Verbundsicherheitsglas, da ihrer Ansicht nach die hiermit verbundenen finanziellen Belastungen nicht durch die erhofften Vorteile auf dem Gebiet der Sicherheit aufgewogen werden.

Wenn man sich die Verluste vor Augen hält, die der Volkswirtschaft infolge von Verkehrsunfällen mit tödlichem Ausgang oder schweren Verletzungen entstehen, bedarf es wohl keines weiteren Beweises dafür, daß das Argument der finanziellen Belastungen nicht stichhaltig ist.

Es wird höchste Zeit, daß der Rat - also die Regierungen der EG-Staaten - den Entwurf der Richtlinie von 1972 jetzt endlich annimmt. Der amtierende Ratspräsident sollte seine Kompetenz nützen und seine Kollegen aus den anderen Ländern in der nächsten Rats-tagung um die Beschlußfassung ersuchen. Das leidige Thema "Sicherheitsglas" sollte im Interesse der Autofahrer beendet werden.

(-/29.1.1981/hj/ca)

+ . + . + .



Bequeme Ausreden

Hat der KGB die Rauschgiftsucht inszeniert ?

Von Iring Fetcher

Professor für Politikwissenschaften an der Universität Frankfurt am Main

Neulich hörte ich aus dem Munde eines älteren Herrn, der als Geschäftsmann gewiß realistisch und vernünftig zu urteilen versteht, wieder einmal eine jener grotesk-albernen Geschichten, die man oft genug erzählt bekommt, wenn Mißstände oder Nöte unserer Gesellschaft sich scheinbar schwer erklären lassen. "Wissen Sie", sagte dieser verwirrte Zeitgenosse, "daß die Rauschgiftsucht vieler Jugendlicher in Westen auf eine vom sowjetischen Geheimdienst geplante Aktion zurückgeht?". Ich wußte das nicht, und unser wachsamer Bundesverfassungsschutz hatte auch noch keinerlei "Anhaltspunkte" für diese Vermutung gefunden. Das aber hielt meinen Gesprächspartner nicht davon ab, "genauer" zu werden. "Fragen Sie einmal nach", meinte er, "was für junge Leute sich am häufigsten unter den Drogensüchtigen und durch Rauschgift Umgekommenen befinden, und Sie werden bald feststellen, daß häufig Kinder wohlhabender und einflußreicher Personen darunter sind. Das ist aber kein Zufall, denn gerade auf diese hat ja der sowjetische Geheimdienst seine Mittelsmänner angesetzt." Durch Verseuchung mit Rauschgift soll nämlich die Moral und damit die Widerstandskraft der westlichen Gesellschaft zersetzt werden, und da liegt es doch nahe, daß man bei den Kindern des 'Establishment' ansetzt - oder nicht?"

Mir leuchtete lediglich ein, wie bequem diese Unterstellung wieder einmal für die Eltern sein mag, deren Kinder zu Rauschgift ihre Zuflucht genommen haben. Wenn die Kinder doch nur die Opfer von Machenschaften des sowjetischen Geheimdienstes sind, dann trifft sie selbst ja keine oder doch nur die geringe Schuld, daß sie sich nicht besser gegen die finsternen Machenschaften des Kreml abgeschirmt haben; für diesen Leichtsinns kann man außerdem ohne weiteres die Regierung verantwortlich machen.



Die Eltern und das gesamte "Establishment" stehen wieder einmal unschuldig, als arme Opfer da. Die notwendige Reflexion darauf, ob sie ihren Kindern ein Leben vorgelebt haben, das diese zur Nachfolge animieren konnte, ob sie ihnen - außer Geld und äußeren Bequemlichkeiten - auch seelische Zuwendung und Wärme geboten haben - all diese Fragen werden den Eltern durch die bequemen Hypothesen unseres verwirrten Zeitgenossen auf angenehme Weise erspart.

Ähnlich wie die Jugend- und Studentenrevolte der sechziger Jahre wird nun auch Drogensucht und Alkoholismus der Jugendlichen den "Machenschaften des Kreml" in die Schuhe geschoben. Übrigens nicht ganz unähnlich den wilden Phantasien mancher Sowjetideologen, die seinerzeit Herbert Marcuse und "hinter ihm" den CIA für den Pariser Mai 1968 "verantwortlich" machen wollten.

Ein Musterbild für derartige Verschwörungs- und Subversionsphantasien hat nach dem Ersten Weltkrieg das Ehepaar Ludendorff ausgeheckt. Es glaubte, eine weltweite Verschwörung von Vatikan, Dalai Lama, Wall Street, Kreml und Freimaurerei "aufgedeckt" zu haben, deren einziges Ziel es gewesen sein soll, den Feldherrnanruhm eines Generals zu vernichten. Man würde gerne über solche Torheiten lachen, aber die Dummheit ist eine Weltmacht und eine gefährliche dazu, weil sie so unheimlich bequem ist.

(-/29.1.1981/vo-he/ca)

+ + +
Verantwortlich: Willi Carl

